Vertrauliche Geburt hilft Schwangeren in Not

Vertrauliche Geburt hilft Schwangeren in Not

Daten der Mutter bleiben geheim
Das Kabinett hat am heutigen Mittwoch einen Gesetzentwurf zur vertraulichen Geburt beschlossen. Dazu erklären die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dorothee Bär, und die innenpolitische Berichterstatterin Beatrix Philipp:
"Der Gesetzentwurf zur vertraulichen Geburt soll es zukünftig ermöglichen, dass Schwangere in Not ihr Kind unter ärztlicher Betreuung auf die Welt bringen können, ohne dass die Daten der Mutter offengelegt werden müssen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass bis zum 16. Lebensjahr des Kindes die Daten der Mutter geheim bleiben. Danach hat das Kind das Recht, den beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftlichen Aufgaben verwahrten geschlossenen Umschlag mit seinem Herkunftsnachweis einzusehen. In Einzelfällen einer besonderen Gefährdungssituation der Kindesmutter kann auf ihren Wunsch hin ein Familiengericht allerdings auch nach dem 15. Geburtstag des Kindes die Daten der Mutter sperren.
Mit dem Gesetzentwurf werden wir dem Schutz- und Geheimhaltungsbedürfnis der Frauen, aber auch dem großen psychischen Bedürfnis eines Kindes nach Kenntnis der eigenen Abstammung gerecht. Dies ist für die gesunde Identitätsentwicklung des Kindes von entscheidender Bedeutung.
Die Gewissheit, die eigene Identität über einen Zeitraum von 15 Jahren nicht offenlegen zu müssen, wird vielen Schwangeren in ihrer belastenden Situation den Weg in die Beratung erleichtern. Wir glauben, dass sich Frauen in Not durch ein besseres Beratungs- und Unterstützungsangebot auf eine vertrauliche Geburt einlassen können. Daher sieht der Entwurf auch vor, dass die Hilfen für Frauen, die ihre Schwangerschaft verdrängen oder verheimlichen, weiter ausgebaut und besser bekannt gemacht werden, um mehr hilfebedürftige Frauen zu erreichen.
Die aktuelle Situation der anonymen Kindesabgabe über Babyklappen ist nicht zufriedenstellend. Es besteht ein dringender Bedarf an einer gesetzlichen Regelung, die das ungeborene Leben schützt und die medizinische Versorgung von Mutter und Kind bei der Geburt gewährleistet. Wenn die Ergebnisse einer vom Familienministerium in Auftrag gegebenen Evaluierung vorliegen, werden wir über die Zukunft von Babyklappen weiter nachdenken müssen. Bis dahin sind die Länder in der Pflicht, einheitliche Standards festzulegen, damit kein Missbrauch durch Babyklappen erfolgen kann. Es darf nicht wieder dazu kommen, dass Einrichtungen nicht wissen, wo die abgegebenen Kinder geblieben sind, wie dies die DJI-Studie 2011 zeigte."

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
  http://www.cducsu.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=526037" width="1" height="1">

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

CDUDie Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht.Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas.Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben.CSUWurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.